

Öffentliche Anhörung des Ausschusses für Familie, Senioren, Frauen und Jugend: Verzicht auf Betreuungsgeld zugunsten Kitas und Schulen

04. Juli 2011, 13 bis 15 Uhr

Stellungnahme Frau Maria Steuer, Familien e. V.

Sehr geehrte Damen und Herren,

ich danke Ihnen, dass ich hier vor den Mitgliedern des Familienausschusses des Deutschen Bundestages zur aktuellen Diskussion um die Betreuung der Kleinstkinder mit wissenschaftlich fundierten Aspekten beitragen darf.

Als Kinderärztin, Schulärztin und Familientherapeutin ist es mir ein Anliegen, dass die entwicklungspsychologisch bedingten Bedürfnisse von Kindern stets im Mittelpunkt stehen. Gerade, wenn es um die Vereinbarkeitsdebatte, um den Ausbau der Krippenbetreuung und aktuell heute um das Thema Betreuungsgeld geht, müssen die wissenschaftlichen Erkenntnisse für das gesunde Aufwachsen von Kindern dringend beachtet werden.

Diese wichtige Anhörung spiegelt den Interessenskonflikt, dem Eltern heutzutage ausgesetzt sind:

Auf der einen Seite steht der Einsatz für ein ausreichendes Familieneinkommen sorgen zu müssen und auf der anderen Seite den Bedürfnissen ihrer Kinder bzgl. Entwicklung und Gesundheit gerecht zu werden.

Wie ist es überhaupt zu so einem Konflikt gekommen?

Um diese Frage zu beantworten, müssen wir wissen, was Eltern **wirklich wollen** und nicht, was Eltern **wollen müssen**, weil sie aus wirtschaftlichen Nöten dazu gezwungen sind. Und – das ist eigens zu betonen – was **Eltern** im Dienst des Kindeswohls **wollen** und nicht irgendwelche andere Interessensgruppen vorgeben wollen!

Die heutige Anhörung und das, was später von Ihnen entschieden wird, hat Signalwirkung besonders auf junge Menschen, die noch nicht Eltern sind, und auf Eltern die sich überlegen, ein weiteres Kind zu bekommen. Die Entscheidung für ein Betreuungsgeld wird die Weichen stellen für das Wohl der Kinder – denn das Politikum „Betreuungsgeld“ scheidet bekanntlich die Geister, weil es um die Frage geht: Sind Eltern durch institutionelle Betreuung zu ersetzen? Ist die individuelle Betreuung von Babys und Kleinkindern durch die eigene Mutter und den eigenen Vater temporär durch Fachpersonal zu

ersetzen?

Doch zunächst lassen Sie uns ein paar interessante Ergebnisse aus repräsentativen Umfragen mit Eltern ansehen.

FORSA ermittelte gemeinsam mit "Eltern" folgende Zahlen:

96% der Eltern meinen, daß Mütter und Väter, die Kinder erziehen und ihre Berufstätigkeit unterbrechen, bei der Rente nicht schlechter gestellt werden dürfen.

88% der Eltern finden, daß Familienarbeit gesellschaftlich besser anerkannt werden muß. Jeder Mensch sollte im Laufe seines Lebens eine sogenannte Care-Zeit zugestanden bekommen, in der er sich um andere kümmert.

70% der Eltern sind der Meinung, daß Eltern in der Kranken-, Renten- und Pflegeversicherung niedrigere Beiträge zahlen sollten als Menschen ohne Kinder.

67% der Eltern meinen, daß Familienarbeit über Eltern- und Kindergeld hinaus in Form eines Betreuungsgeldes vergütet werden müsste.

IPSOS ermittelte 2007, dass dreiviertel der Eltern die Erziehung ihrer Kinder in den ersten Jahre selber übernehmen wollen – wenn sie die finanziellen Mittel dazu hätten.

Wenn Eltern das so sehen, dann stellt sich doch jetzt unweigerlich die Frage:

Warum wird der Ausbau der institutionellen Betreuung derart forciert und subventioniert, obwohl die Mehrheit der Eltern das gar nicht wünschen?

Bislang hat die Politik geglaubt, dass der Ausbau der Krippenbetreuung anscheinend die Lösung ist für mehr Kinder in Deutschland, für gerechtere Bildung, für bessere Integration, für bessere Vereinbarkeit – also, dass der Ausbau der Krippenplätze eine Art „RundUmSorglospaket“ für unser Land sei.

Es wird bekanntermaßen behauptet:

Die **Kita** könne als Bildungsinstitution mehr Chancengleichheit für Kinder aus bildungsfernen Familien herstellen.

Es wird behauptet: Die **Kita** könne als Integrationsinstitution für eine bessere Eingliederung für Familien mit Einwanderungshintergrund sorgen.

Es wird behauptet: Die **Kita** könne die Bekämpfung der zunehmenden Familienarmut begleiten, damit Mütter durch Erwerbstätigkeit zum Familieneinkommen beitragen können.

Es wird behauptet: Die **Kita** könne – so hört man immer wieder - aus der demografischen Talfahrt führen, weil geglaubt wird, daß Frauen mehr Kinder bekommen würden, wenn außerfamiliäre Betreuung ermöglicht würde.

Und es wird behauptet: Die **Kita** könne sogar dem einsetzenden Fachkräftemangel entgegenwirken.

Aber keine dieser Annahmen hat sich als richtig erwiesen! So ist z.B. trotz steigender Frauenerwerbstätigkeit kein Rückgang der Familienarmut zu verzeichnen.

Es ist unverantwortlich gesellschaftliche Probleme auf Kosten kleiner Kinder lösen zu wollen. Mittel- und langfristig werden wir uns mit unabsehbaren Folgen zu beschäftigen haben.

Was meine ich damit, “auf Kosten kleiner Kinder” ?

Meine Damen und Herren,

In der Kürze der Zeit kann ich Ihnen jetzt nicht die vielen wissenschaftlichen Arbeiten und Erkenntnisse der vielen internationalen Bindungsforscher, Gehirnforscher, Psychologen, Psychiater darlegen. Als Kinderärztin, Schulärztin und Familientherapeutin kann ich Ihnen aber zusammenfassend sagen: das Beste für ein Kind ist ein liebevolles Zuhause, mit viel Zeit und Zuwendung, besonders in den ersten drei Jahren. Das ist das Beste für ein Kind, das sind erwiesene Ergebnisse, aktuelle Ergebnisse und zwar weltweit, und sie werden immer wieder bestätigt.

Die **Kita** kann Kindern in den ersten drei Jahren das liebevolle Zuhause nicht ersetzen. Kinder brauchen verbindliche, zuverlässige und stabile Bindungen, um mit Selbstvertrauen, entstanden aus emotionaler Sicherheit, vertrauensvoll und zuversichtlich groß zu werden. Sie gehen mit Neugier, mit Glauben an ihre Selbstwirksamkeit, mit Leistungsbereitschaft, Durchhaltevermögen und mit Bindungsfähigkeit auf die Anforderungen unserer Gesellschaft zu, wenn sie ein

sicheres Fundament bekommen haben. Dieses Fundament können aber Eltern nur dann geben, wenn sie Zeit für die Erziehung ihrer Kinder haben.

In der Wissenschaft fehlen bis heute Beweise, dass die institutionelle Betreuung der familiären gleichzusetzen oder gar überlegen wäre.

Die verschiedenen Fachempfehlungen zum Krippenbesuch für die unter 3-jährigen versuchen durch ihre Forderungen an höchste Qualität der Einrichtungen, den Schaden, den die Trennung eines Kindes von seinen Bezugspersonen in einem Alter, in dem diese Trennung keinesfalls der Entwicklungsreife des Kindes entspricht, sondern durch gesellschaftliche Zwänge erfolgt, einigermaßen zu begrenzen.

In der im April 2011 erschienenen OECD-Studie "Doing better for families" ist nachzulesen, was die Entwicklung, insbesondere die kognitive, von Kindern am meisten positiv beeinflusst.

Ich zitiere:

"Die wirtschaftlichen Lebensumstände haben jedoch größeren Einfluss auf die Entwicklung der Kinder (insbesondere auf ihre kognitive Entwicklung) als die Frage der Erwerbstätigkeit der Mutter oder die Teilnahme an frühkindlicher Betreuung, Bildung und Erziehung."

Wir alle sind heute hier, weil wir das Beste für Familien und für Kinder wollen – und unser Land dringend mehr Kinder braucht.

Eltern brauchen positive Signale um sich für ein Kind entscheiden zu können und Kinder brauchen die Zeit ihrer Eltern für eine bestmögliche Entwicklung zu stabilen Mitgliedern unserer Gesellschaft:

Das Betreuungsgeld wäre ein erster Schritt in die richtige Richtung.

Mit dem Betreuungsgeld steuert der Staat gegen eine risikobehaftete Betreuung, die weder dem gesunden Aufwachsen der Kleinsten dient, noch den Wünschen der Eltern entspricht und stellt das Kind in den Mittelpunkt

Die Entscheidung, die mit dem Betreuungsgeld exemplarisch getroffen wird, ist die, ob die elterliche Erziehungsarbeit gesellschaftlich wertgeschätzt wird. Ein eigentlich unnötiger Vorgang, denn der Respekt gegenüber der elterlichen Erziehungsverantwortung verpflichtet den Staat, so die Formulierung vom

Bundesverfassungsgericht, ich zitiere: *„die von den Eltern im Dienst des Kindeswohls getroffenen Entscheidungen anzuerkennen“*.

Mit 150,-- Euro kompensiert das geplante Betreuungsgeld leider nicht annähernd die Einbußen, die eine Familie auf sich nimmt, wenn sie im Sinne des Kindeswohls ihr Recht auf Selbstbetreuung und Selbsterziehung wahrnehmen möchte. Das geplante Betreuungsgeld ist von daher eine nicht ausreichende Minimalmaßnahme, von der allerdings ein begrüßenswertes Signal ausgeht. Ein wichtiges Signal, eine zukunftsweisende, ja kluge Entscheidung.

Nachhaltige Familienpolitik für eine stabile und gesunde Gesellschaft, mit Menschen, die in der Lage sind, eigenverantwortlich und mit sozialer Kompetenz zu handeln, kommt an der Stärkung der Familie nicht vorbei.

Als Sprecherin des Familien e.V. appelliere ich an Sie, meine Damen und Herren in ihren Fraktionen darauf hinzuwirken, dass künftig die besonderen Entwicklungsbedürfnisse der Kleinkinder im Mittelpunkt stehen – bitte setzen Sie sich nicht nur für das Betreuungsgeld ein, sondern für ein finanzielles Maßnahmenpaket, um „die Kinderbetreuung in der jeweils von den Eltern gewählten Form in ihren tatsächlichen Voraussetzungen zu ermöglichen und zu fördern.“

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit!